



Gewerbeaufsicht
in Niedersachsen



**Staatliches Gewerbeaufsichtsamt
Lüneburg**
Behörde für Arbeits-, Umwelt- und
Verbraucherschutz

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg
Postfach 28 60, 21318 Lüneburg

Mit Postzustellungsurkunde
4.1-LG000000829-970 br
Düringer Fleischkontor
Engelbert Stukenborg GmbH & Co. KG

Lunestedter Str. 40
27612 Loxstedt

Bearbeiter/in:

Heinrich.Brammer@gaa-lg.niedersachsen.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

4.1-LG000000829-970

Durchwahl

04131/15-

Lüneburg

17.09.2013

**Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG);
Ihr Antrag vom 29.09.2011, zuletzt ergänzt mit Schreiben vom 28.06.2013, auf wesentliche
Änderung ihrer Anlage zum Schlachten von Tieren mit einer Leistung von 50 t Lebend-
gewicht oder mehr je Tag**

I.

Genehmigungsentscheidung

1. Das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg (GAA Lüneburg) erteilt der Firma

**Düringer Fleischkontor
Engelbert Stukenborg GmbH & Co. KG
Lunestedter Str. 40
27612 Loxstedt**

auf Antrag vom 29.09.2011, zuletzt ergänzt mit Schreiben vom 28.06.2013, nach Maßgabe der
eingereichten Antragsunterlagen,

**die Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zum Schlachten von Tieren mit
einer Leistung von 50 t Lebendgewicht oder mehr je Tag.**

**Die Änderung umfasst den Ersatz der vorhandenen Dampfkesselanlage durch eine Wär-
me – und Energieerzeugungsanlage.**

Standort der Anlage ist:

PLZ, Ort: 27612 Loxstedt - Düring
Straße, Haus-Nr.: Lunestedter Straße 40
Gemarkung: Düring
Flur: 1
Flurstück(e): 99/7, 99/12, 99/13

Seite 1 von 6

Dienstgebäude
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg

Sprechzeiten
Mo-Do: 9:00-15:00
Freitag: 9:00-12:00
oder nach Vereinbarung

Telefon
Fax
E-Mail
Internet

04131 15-1400
04131 15-1401
poststelle@gaa-lg.niedersachsen.de
www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de

Bankverbindung
Norddeutsche Landesbank
BLZ: 250 500 00
Konto: 106 025 257

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

Die Genehmigung basiert auf § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in der derzeit geltenden Fassung i.V.m. §§ 1 und 2 sowie der Ziffer 7.2.1 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4.BImSchV) in der derzeit geltenden Fassung.

2. Die wesentliche Änderung umfasst im Wesentlichen folgende Maßnahmen:

- **Errichtung und Betrieb eines BHKWs, bestehend aus 2 Modulen und die Errichtung und den Betrieb von 2 Niedertemperaturkesseln**

3. Die Genehmigung erfolgt nach Maßgabe der im Formular Inhalt (Inhaltsverzeichnis zum Antrag) im Einzelnen aufgeführten Unterlagen einschließlich der Nachtragsunterlagen vom 28.06.2013 soweit in den in Abschnitt II aufgeführten Nebenbestimmungen keine abweichende Regelungen getroffen sind.

4. Die Kosten des Verwaltungsverfahrens (Gebühren und Auslagen) trägt die Antragstellerin. Über die Höhe der Kosten sowie Einzelheiten zu den maßgeblichen Rechtsgrundlagen für die Erhebung der Kosten und deren Höhe ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

II.

Nebenbestimmungen

Allgemeines

1. Die Anlage ist nach Maßgabe der im Inhaltsverzeichnis zum Antrag (Formular Inhalt) aufgeführten Beschreibungen und Zeichnungen zu errichten und zu betreiben, soweit sich aus den nachfolgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.
2. Die Nebenbestimmungen früherer Genehmigungsbescheide gelten, sofern sie durch diesen Genehmigungsbescheid nicht geändert, ergänzt oder gegenstandslos werden, unverändert fort.
3. Dieser Genehmigungsbescheid oder eine Kopie ist zusammen mit den Antragsunterlagen am Betriebsort der Anlage aufzubewahren. Er ist den Vertretern/Vertreterinnen der Überwachungsbehörden auf Verlangen vorzulegen.
4. Dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven sind Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes der Anlage unverzüglich mitzuteilen. Als Störungen des bestimmungsgemäßen Betriebes sind insbesondere alle Betriebszustände der Anlage zu verstehen, durch die Stoffe freigeworden, in Brand geraten oder explodiert sind.

Luftreinhaltung

5. Die Ableitung der Abgase der BHKW / Kesselanlage muss, entsprechend dem Gutachten Nr. LS7321.2/01 der ZECH Ingenieurgesellschaft mbH vom 05.12.2011, in einer Höhe von mindestens 15 m über Erdgleiche erfolgen.
6. Die im Abgas der BHKW 1 und 2 enthaltenen Emissionen an nachstehend aufgeführten Stoffen dürfen folgende Massenkonzentrationen nicht überschreiten:

a)	Gesamtstaub	5 mg/m ³	
b)	Kohlenmonoxid (CO)	50 mg/m ³	
c)	Stickstoffoxide, angegeben als Stickstoffdioxid	0,10g/m ³	

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

d)	Schwefeloxide, angegeben als Schwefeldioxid	10 mg/m ³
----	---	----------------------

Die Emissionswerte beziehen sich auf Abgas im Normzustand (273,15 K und 101,3 kPa) nach Abzug der Feuchte und auf einen Volumengehalt an Sauerstoff von 5 vom Hundert.

7. Nach Erreichen des ungestörten Betriebs der Anlage, jedoch frühestens nach dreimonatigem Betrieb und spätestens sechs Monate nach Inbetriebnahme sind die unter Ziffer 6. genannten Emissionen durch eine nach § 26 BImSchG bekanntgegebene Messstelle ermitteln zu lassen. Der Termin der Messungen ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven rechtzeitig, spätestens 2 Wochen vor der Durchführung, mitzuteilen.
8. Nach Ablauf von jeweils 3 Jahren sind die Emissionsmessungen durch eine nach § 26 BImSchG bekanntgegebene Messstelle wiederholen zu lassen.
9. Über die Messungen ist von der Messstelle ein Bericht zu erstellen, der mindestens die in der DIN EN 15259 geforderten Angaben enthält. **Dieser Bericht ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven innerhalb von 6 Wochen nach den Messungen in 2-facher Ausfertigung direkt zu übersenden.**

Der Messbericht soll mindestens die nachfolgend aufgeführten Angaben enthalten:

- Aufgabenstellung
- Auftraggeber, Ort und Zeitpunkt der Messung
- Gemessene Anlage (Beschreibung der Anlage, insbesondere der Abgasführung, technische Daten und Leistungen)
- Messstellen (Beschreibung der Messstellen für alle durchgeführten Messungen)
- Messverfahren und Messgeräte Messvorschriften
- Betriebsbedingungen während der Messungen
- Angaben über den Betriebszustand der Anlage sowie über Brenn-, Roh- und sonstige Arbeitsstoffe und über den Betriebszustand der vorhandenen Abgasreinigungsanlagen
- Messergebnisse
- Angaben über Besonderheiten während der Messung
- Zusammenfassung
- Name des für die Messung Verantwortlichen

Anforderungen an Messstrecken und Messplätze

10. Es sind die Anforderungen der Richtlinie DIN EN 15259 (Ausgabe Januar 2008) für die die Reingasmessungen einzuhalten. Alle Messplätze müssen ausreichend groß und leicht begehbar sowie so beschaffen sein und so ausgewählt werden, dass für die Bestimmung der Emissionen der Anlage repräsentative und messtechnisch einwandfreie Emissionsmessungen ermöglicht werden. Bei der Planung und Bauausführung der Anlage ist dies bereits entsprechend zu berücksichtigen. Die genaue Lage der Probenannahmestellen und ihre Ausstattungen sind unter Mitwirkung einer aufgrund des § 26 BImSchG für Niedersachsen bekannt gegebenen Messstelle festzulegen und der Genehmigungsbehörde mitzuteilen.

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg

11. Bei der Errichtung und dem Betrieb der Heizkesselfeuerungsanlage sind die Bestimmungen der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen - 1. BImSchV -, insbesondere über die Emissionsbegrenzungen und die Messung der Emissionen, zu beachten.
12. Der Messbericht des Bezirksschornsteinfegermeisters ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven vorzulegen.

Lärmschutz

13. Der schalltechnische Bericht Nr. LL7321.1/02 der Fa. ZECH Ingenieurgesellschaft mbH vom 23.12.2011 ist Bestandteil der Antragsunterlagen. Die darin enthaltenen Vorgaben für die Errichtung und den Betrieb der Anlage sind zu beachten

Anlagensicherheit

14. Das Blockheizkraftwerk/ die Heizkesselanlage ist konform mit deutschem und europäischem Regelwerk zu errichten, siehe auch Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) Maschinenverordnung, Niederspannungsverordnung, Explosionsschutzverordnung sowie EMV-Richtlinie. Die erforderlichen Konformitätsbescheinigungen sind dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven vorzulegen. Die notwendige CE-Kennzeichnung ist an den Aggregaten anzubringen. Anlagenteile, die miteinander sicherheitstechnisch verknüpft sind, gelten als eine verkettete Anlage, für die dann eine Konformitätsbescheinigung und CE-Kennzeichnung erforderlich sind..

Baurecht

15. Die Fertigstellung der Baumaßnahme ist beim Landkreis Cuxhaven schriftlich anzuzeigen.
16. Die Schlußabnahme der baulichen Anlage wird angeordnet. Sie ist beim Landkreis Cuxhaven zu beantragen.
17. Die brandschutztechnische Stellungnahme vom 20.02.2012 ist Bestandteil der Genehmigung.

Hinweise

1. Allgemeines

Diese Genehmigung erlischt, wenn die Anlage während eines Zeitraumes von mehr als drei Jahren nicht betrieben worden ist (§ 18 Abs. 1, Nr. 2 BImSchG).

Eine beabsichtigte Einstellung des Betriebes der genehmigungsbedürftigen Anlage ist dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven unverzüglich anzuzeigen. Der Anzeige sind Unterlagen beizufügen, wie sichergestellt wird, dass

- von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen oder sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen für die Allgemeinheit und die Nachbarschaft hervorgerufen werden können,
- vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden und
- die Wiederherstellung eines ordnungsgemäßen Zustandes des Betriebsgeländes gewährleistet ist.

III. Begründung

1. Verfahren

Die Firma Düringer Fleischkontor Engelbert Stukenborg GmbH & Co. KG beantragte mit Schreiben vom 29.09.2011, zuletzt ergänzt mit Schreiben vom 28.06.13, die Genehmigung zur Änderung ihres Schlachtbetriebes. Die Änderung umfasst den Ersatz der vorhandenen Dampfkesselanlage durch eine Wärme – und Energieerzeugungsanlage.

Der Betrieb fällt unter die lfd. Nr. 7.2.1 des Anhangs 1 der 4. BImSchV in der derzeit geltenden Fassung. Prüfung und Genehmigung erfolgen daher nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG).

Für die Entscheidung über den Antrag auf Genehmigung dieser Anlage ist gemäß Nr. 8.1 der Anlage zur Verordnung über Zuständigkeiten auf den Gebieten des Arbeitsschutz-, Immissionsschutz-, Sprengstoff-, Gentechnik- und Strahlenschutzrechts sowie in anderen Rechtsgebieten (ZustVO-Umwelt-Arbeitsschutz) in der derzeit geltenden Fassung meine Zuständigkeit gegeben.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens war gemäß § 3c i.V.m. Ziffer 7.13.1 der Anlage des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der derzeit geltenden Fassung durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist.

Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles nach § 3 c UVPG ergab, dass für dieses Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen war.

Diese Feststellung wurde nach § 3 a UVPG im Niedersächsischen Ministerialblatt bekannt gegeben.

Die Genehmigungsbehörde hat auf Antrag der Antragstellerin gem. § 16 Abs. 2 BImSchG von der Öffentlichkeitsbeteiligung abgesehen, da einerseits keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen war, andererseits keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die in § 1 BImSchG genannten Schutzgüter zu besorgen sind.

Am Genehmigungsverfahren wurden folgende Fachbehörden beteiligt und zur Stellungnahme hinsichtlich der von ihnen zu vertretenden Belange aufgefordert:

- Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Cuxhaven,
- Landkreis Cuxhaven
- Gemeinde Loxstedt

2. Genehmigungsvoraussetzungen

Nach § 6 BImSchG ist die Genehmigung zu erteilen, wenn

- sichergestellt ist, dass die sich aus § 5 BImSchG und einer auf Grund des § 7 BImSchG erlassenen Rechtsverordnung ergebenden Pflichten erfüllt werden, und
- andere öffentlich-rechtliche Vorschriften und Belange des Arbeitsschutzes der Errichtung und dem Betrieb der Anlage nicht entgegenstehen.

Diese Voraussetzungen sind mit den genannten Nebenbestimmungen erfüllt.

Zu den Genehmigungsvoraussetzungen und Nebenbestimmungen dieses Bescheides im Einzelnen:

2.1 Bauordnungsrechtliche Zulässigkeit

Die bauordnungsrechtlichen Belange wurden vom Landkreis Cuxhaven geprüft. Nebenbestimmungen wurden nicht vorgeschlagen.

2.2 Immissionsschutz

Luftreinhaltung

Für die Verbrennungsmotoranlage zum Einsatz von Erdgas sind die Anlagenregelungen nach Nr. 5.4.1.2.3 TA Luft zu beachten. Die erforderlichen Emissionsbegrenzungen sind im Genehmigungsbescheid verfügt worden.

Im Gutachten der Zech Ingenieurgesellschaft mbH Lingen vom 05.12.2011 wird nachgewiesen, dass die Schornsteinhöhe ausreichend bemessen ist. Eine Bestimmung der Immissionskenngößen ist nicht erforderlich, weil für die hier relevanten Luftschadstoffe SO₂ und NO_x der Bagatellmassenstrom deutlich unterschritten wird. Auf Ziffer 4.6 TA Luft wird verwiesen.

Lärm

Durch das Gutachten der Zech Ingenieurgesellschaft mbH Lingen vom 23.12.2011 wird nachgewiesen, dass an den zu berücksichtigenden Immissionsorten der Teilimmissionspegel des BHKW mindestens 10 dB(A) unter den Richtwerten der TA Lärm liegt. Entsprechend Ziffer 2.2 TA Lärm gehören die Immissionsorte damit nicht mehr zum Einwirkungsbereich der Anlage. Entsprechend der Nebenbestimmung Nr. 13 des Genehmigungsbescheides sind die Vorgaben des Gutachtens bei der Errichtung und beim Betrieb der Anlage zu beachten.

Ergebnis der Antragsprüfung

Die Prüfungen des Antrages und der Unterlagen durch die beteiligten Fachbehörden sowie die abschließende Bewertung durch die Genehmigungsbehörde haben zu dem Ergebnis geführt, dass unter Berücksichtigung der Nebenbestimmungen dieses Bescheides die Genehmigungsvoraussetzungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die beantragte Änderung erfüllt sind.

Die beantragte Genehmigung war daher zu erteilen.

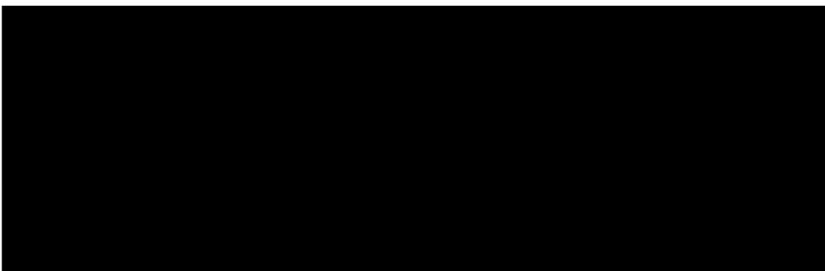
3. Kostenlastentscheidung

Die Kostenlastentscheidung beruht auf den §§ 1, 5, 9 und 13 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes (NVwKostG).

V. Ihre Rechte

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg, einzulegen.

Im Auftrage





Gewerbeaufsicht
in Niedersachsen



**Staatliches Gewerbeaufsichtsamt
Lüneburg**

Behörde für Arbeits-, Umwelt- und
Verbraucherschutz

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Lüneburg
Postfach 28 60, 21318 Lüneburg

Düringer Fleischkontor
Engelbert Stukenborg GmbH & Co. KG

Lunestedter Str. 40
27612 Loxstedt

Bearbeiter/in:

@gaa-lg.niedersachsen.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)

4.1-LG000000829-979

Durchwahl

04131/15

Lüneburg

10.02.2014

**Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG);
Vorhaben: Ersatz der vorhandenen Dampfkesselanlage durch eine Wärme- und Energie-
erzeugungsanlage**

**Berichtigung der Nebenbestimmung II Nr. 6 des Genehmigungsbescheides vom 17.09.13,
Az: 4.1-LG000000829**

Sehr geehrte

in dem Genehmigungsbescheid vom 17.09.13 sind versehentlich anstatt der Emissionsbegren-
zungen für Verbrennungsmotorenanlagen (Nr. 5.4.1.4 TA-Luft) die für Feuerungsanlagen
(5.4.1.2.3 TA- Luft) aufgenommen worden.

Ich berichtige die Nebenbestimmung II Nr. 6 daher wie folgt:

Die im Abgas der BHKW 1 und 2 enthaltenen Emissionen an nachstehend aufgeführten Stoffen
dürfen folgende Massenkonzentrationen nicht überschreiten:

a)	Formaldehyd	60 mg/m ³
b)	Kohlenmonoxid (CO)	0,30 g/m ³
c)	Stickstoffoxide, angegeben als Stickstoffdioxid	0,50 g/m ³
d)	Schwefeloxide, angegeben als Schwefeldioxid	10 mg/m ³

Die Emissionswerte beziehen sich auf Abgas im Normzustand (273,15 K und 101,3 kPa) nach
Abzug der Feuchte und auf einen Volumengehalt an Sauerstoff von 5 vom Hundert.

Seite 1 von 2

Dienstgebäude
Auf der Hude 2
21339 Lüneburg

Sprechzeiten
Mo-Do: 9:00-15:00
Freitag: 9:00-12:00
oder nach Vereinbarung

Telefon 04131 15-1400
Fax 04131 15-1401
E-Mail poststelle@gaa-lg.niedersachsen.de
Internet www.gewerbeaufsicht.niedersachsen.de

Bankverbindung
Norddeutsche Landesbank
BLZ: 250 500 00
Konto: 106 025 257
IBAN: DE22 2505 0000 0106 0252 57
SWIFT-BIC: NOLA DE 2H

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

